



Es ist ein alter, bitterer Reflex der Menschheit: Erst wenn es knallt, wenn es brennt, wenn es teuer wird, beginnen wir zu denken. Vorher leben wir bequem im „Weiter so“. Und dann – plötzlich – ist alles anders. Die Zapfsäule zeigt über zwei Euro pro Liter, die Nachrichten melden Krieg im Nahen Osten, und wie auf Kommando erwacht ein neues Bewusstsein. Elektroautos werden gekauft. Suchanfragen steigen um 75 Prozent. Die Vernunft hat Konjunktur. Endlich.

Aber zu welchem Preis?

Es ist eine groteske, ja zynische Pointe unserer Zeit, dass die ökologische Einsicht nicht aus Einsicht wächst, sondern aus Angst. Angst vor steigenden Kosten. Angst vor Abhängigkeit. Angst vor geopolitischen Verwerfungen. Der Krieg als pädagogisches Instrument – das ist ein Armutszeugnis für aufgeklärte Gesellschaften.

Die Bequemlichkeit der Ignoranz

Seit Jahrzehnten sind die Argumente bekannt. Der Verkehrssektor ist einer der größten Emittenten von Treibhausgasen in Europa. Studien von Organisationen wie Transport & Environment oder der Europäischen Umweltagentur liegen auf dem Tisch. Regierungen diskutieren, Wissenschaftler mahnen, Aktivisten protestieren. Und doch rollten die Verbrenner weiter, Jahr für Jahr, als gäbe es kein Morgen.

Warum? Weil der Liter Benzin lange billig genug war, um das schlechte Gewissen zu übertönen. Weil politische Entscheidungen aufgeschoben wurden. Weil Veränderung unbequem ist.

Der Mensch, so scheint es, reagiert nicht auf Prognosen, sondern auf Preisschocks.

Der Krieg als Katalysator

Nun also der Krieg im Iran. Raketen, Unsicherheit, steigende Ölpreise. Und plötzlich wird sichtbar, was zuvor abstrakt war: die Verletzlichkeit unserer Lebensweise. Energie ist nicht nur eine Frage des Preises, sondern der Macht, der Abhängigkeit, der Sicherheit.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Innerhalb weniger Wochen steigen die Online-Suchen nach Elektroautos massiv. Gebrauchtwagenhändler berichten von leeren Lagern. Die Verkaufszahlen ziehen an. Was Klimapolitik allein nicht geschafft hat, erledigt nun die Geopolitik.



Doch diese Dynamik ist ambivalent. Sie zeigt, wie schnell Wandel möglich ist – aber auch, wie sehr er von äußeren Schocks abhängt. Es ist kein selbstbestimmter Fortschritt, sondern ein erzwungener.

Die Ökonomie der Angst

Die Rechnung ist simpel: 142 Euro monatlich für Benzin gegenüber 65 Euro für Strom. Eine Ersparnis von 77 Euro. Plötzlich wird die elektrische Mobilität nicht nur moralisch, sondern ökonomisch attraktiv.

Doch auch hier offenbart sich ein strukturelles Problem. Warum braucht es erst eine Krise, damit sich wirtschaftlich sinnvolle Entscheidungen durchsetzen? Warum wurden diese Anreize nicht längst konsequent gesetzt – durch CO₂-Preise, durch Infrastruktur, durch klare politische Leitlinien?

Die Antwort ist unbequem: Weil Politik oft dem kurzfristigen Druck folgt, nicht der langfristigen Vernunft. Weil Wähler Preiserhöhungen bestrafen, auch wenn sie notwendig sind. Weil die Transformation Angst macht.

Die Illusion der Freiwilligkeit

Gerne erzählen wir uns, der Wandel komme „von selbst“. Der Markt werde es richten. Die Menschen würden schon erkennen, was richtig ist. Doch die Realität ist eine andere: Ohne Druck geschieht wenig.

Die aktuelle Entwicklung ist kein Beweis für die Stärke des Marktes, sondern für seine Trägheit. Erst als der äußere Zwang groß genug wird, beginnt Bewegung.

Das wirft eine grundsätzliche Frage auf: Wollen wir wirklich darauf warten, dass jede notwendige Veränderung durch Krisen erzwungen wird? Dass erst Kriege, Katastrophen oder extreme Preisschocks uns zum Handeln bringen?

Eine Lektion, die wir irgendwie nicht lernen

Es ist nicht das erste Mal. Die Ölkrisen der 1970er-Jahre haben ähnliche Reflexe ausgelöst. Sparprogramme, Effizienzsteigerungen, alternative Energien – und dann, als sich die Lage entspannte, die Rückkehr zur alten Normalität.



Kommentar: Der Preis der Erkenntnis – Warum wir erst im Schatten der Bomben klüger werden

Die Gefahr ist groß, dass sich die Geschichte wiederholt. Dass der aktuelle Boom der Elektromobilität abebbt, sobald sich die Preise stabilisieren. Dass die kurzfristige Einsicht nicht in langfristige Strukturpolitik übersetzt wird.

Dabei wäre genau das notwendig: eine konsequente, vorausschauende Energie- und Verkehrspolitik, die nicht auf Krisen reagiert, sondern ihnen zuvorkommt.

Es geht nicht nur um Autos. Es geht um die Frage, wie lernfähig unsere Gesellschaften sind. Ob wir in der Lage sind, Risiken zu antizipieren – oder ob wir immer erst dann handeln, wenn es zu spät ist.

Die bittere Wahrheit lautet: Wir wissen längst, was zu tun ist. Wir tun es nur nicht – solange es nicht weh tut.

Der Krieg erinnert uns daran. Auf brutale Weise.

Und vielleicht ist das die eigentliche Tragödie: Dass die Vernunft immer wieder erst im Schatten der Katastrophe geboren wird.

Ein Kommentar von Andreas M. Brucker